

27. ÖFFENTLICHE PLENARSITZUNG DES GEMEINDERATES AM 26. SEPT. 2006

Vorlage Nr. 812 ANFRAGE
Zu TOP 31

A N F R A G E

der Stadträte Wolfram Jäger und Günther Rüssel, der Stadträtinnen Gabriele Luczak-Schwarz, Bettina Meier-Augenstein und Christiane Staab (CDU) sowie der CDU-Gemeinderatsfraktion vom 7. August 2006

Finanzielle Entlastung von Familien

Welche Möglichkeiten sieht die Stadtverwaltung, um Familien gezielt finanziell zu entlasten?

Welche Möglichkeiten sind denkbar, um Familien einen gewissen finanziellen Ausgleich für die stark gestiegenen Strom-, Gaspreise etc. zukommen zu lassen?

Wie könnte eine finanzielle Entlastung im Bereich der Kindergartenbeiträge (Reduzierung oder Befreiung) aussehen? Welche Modelle (insbesondere auch unter Berücksichtigung der Vorstellungen der freien Träger) sind denkbar?

Welche Kosten würden anfallen, würde die Stadt Karlsruhe die Eltern für ein Jahr von der Kindergartenbeitragspflicht befreien? Welche Kostenunterschiede ergeben sich, legt man den Berechnungen jeweils die monatlichen Entgelte für die unterschiedlichen Angebotsformen (Regelangebot, verlängerte Öffnungszeiten, Ganztagsbetreuung) in städtischen Kindergärten zugrunde?

Wie könnten Eintrittspreise für städtische Einrichtungen familienfreundlicher gestaltet werden?

Wie könnte die Betreuungssituation während der (Sommer-)Ferien verbessert werden? Welche Programme und Möglichkeiten werden zur Zeit angeboten? Gibt es Wartelisten? Sind Kooperationen zwischen verschiedenen Betreuungseinrichtungen

denkbar (Beispiel: eine Einrichtung öffnet in den ersten drei Wochen, die andere in der Restzeit)? Ist insgesamt ein Wegfall oder zumindest eine Verkürzung der Schließzeiten von Kindertageseinrichtungen möglich?

Sachverhalt/Begründung:

Familienfreundlichkeit ist ein Standortfaktor, der dazu beiträgt, sowohl die Lebensqualität wie auch die Wirtschaftskraft unserer Stadt und der gesamten Region zu erhöhen. Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass die Rahmenbedingungen für Familien nachhaltig verbessert werden müssen.

Immer mehr Familien stehen vor finanziellen Problemen. Die insgesamt schwierige Arbeitsmarktsituation, Preissteigerungen bei Strom und Gas sowie die Erhöhung der allgemeinen Lebenshaltungskosten sind die Hauptursachen hierfür.

Eine Möglichkeit für eine spürbare finanzielle Entlastung von Familien sehen wir im Bereich der Kindergartenbeiträge. Nach Ansicht der CDU-Fraktion ist die Familienförderung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, deren Kosten daher auch Kommune, Land und Bund gemeinsam tragen müssten. Damit gegebenenfalls weitere Entscheidungen getroffen werden können, wird als Grundlage zunächst eine gesicherte finanzielle Erhebung benötigt.

Um Familien finanziell zu entlasten, sollten jedoch auch andere Möglichkeiten - wie zum Beispiel die familienfreundliche Gestaltung von Eintrittsgeldern - in Erwägung gezogen werden.

Mit großem organisatorischen Aufwand ist für viele Eltern darüber hinaus die Betreuung ihrer Kinder während der Ferienzeit verbunden. Der Großteil der Betreuungseinrichtungen ist in der Sommerferienzeit geschlossen. Teilweise sind diese Schließphasen erforderlich, um zum Beispiel Reparaturarbeiten durchzuführen. Allerdings können berufstätige Eltern in der Regel nicht während der gesamten sechswöchigen Sommerferien Urlaub beanspruchen. Wenn die gewohnten Einrichtungen geschlossen sind, müssen sich Eltern anderweitig um die Betreuung ihrer Kinder kümmern. Es stehen jedoch nur wenige bedarfsorientierte Konzepte zur Auswahl; zum Beispiel bietet der Karlsruher Lernverbund KLEVER eine Ferienbetreuung an.

Wir meinen, dass in diesem Bereich dringend Verbesserungen notwendig sind.

gez. Wolfram Jäger
gez. Günther Rüssel

gez. Gabriele Luczak-Schwarz
gez. Bettina Meier-Augenstein
gez. Christiane Staab

Hauptamt - Sitzungsdienste -
15. September 2006

Stellungnahme: